

28.07.2026 Politik

Aktuelle personelle Änderungen im Bundesministerium für Gesundheit

BDC



© Deutscher Bundestag / Marco Urban

Eine kurze Einordnung von BDC-Präsident Prof. Dr. Dietmar Pennig

In Zeiten des Umbruchs im Gesundheitswesen hat Bundeskanzler Friedrich Merz in den vergangenen Tagen zusätzlich gewaltige personelle Änderungen vorgenommen. Der BDC gratuliert allen neuen Akteurinnen und Akteuren in Politik und Selbstverwaltung zu ihren neuen, wichtigen Ämtern und freut sich auf eine konstruktive und effiziente Zusammenarbeit zum Erhalt der Qualität und Attraktivität des chirurgischen Berufsstands und der

chirurgischen Versorgung in Klinik und Praxis.

Zu den Personalien:

Bundesminister für Gesundheit seit dem 24. Juli 2026: Carsten Linnemann – Werdegang und politische Positionen

Vom Volkswirt zum prägenden CDU-Politiker

Carsten Christoffer Linnemann (*10. August 1977 in Paderborn) gehört zu den einflussreichsten Politikern der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU). Der promovierte Volkswirt gilt als Vertreter eines wirtschaftsliberalen und gesellschaftspolitisch konservativen Kurses. Innerhalb der Partei war er maßgeblich an der programmatischen Neuausrichtung der CDU unter dem Parteivorsitzenden Friedrich Merz beteiligt und entwickelte sich zu einem der wichtigsten Strategen der Union. Im Juli 2026 wechselte er aus dem Amt des CDU-Generalsekretärs in das Bundesgesundheitsministerium.

Ausbildung und beruflicher Werdegang

Nach dem Abitur absolvierte Linnemann zunächst seinen Wehrdienst in Augustdorf. Anschließend studierte er Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule der Wirtschaft in Paderborn. Es folgte ein Promotionsstudium der Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Chemnitz, das er mit dem Titel Dr. rer. pol. abschloss.

Vor seinem Eintritt in die hauptberufliche Politik arbeitete Linnemann als Lehrbeauftragter für Makroökonomie an der TU Chemnitz sowie als Volkswirt bei Deutsche Bank Research in Frankfurt am Main und später bei der Deutschen Industriebank (IKB). Seine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung prägt bis heute seine politische Argumentation.

Politischer Aufstieg

Linnemanns politisches Engagement begann bereits in der Jungen Union. Nach kommunalpolitischen Erfahrungen im Rat der Gemeinde Altenbeken wurde er 2009 erstmals direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Seitdem gewann er seinen Wahlkreis Paderborn bei jeder Bundestagswahl direkt.

Innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion profilierte er sich früh als Experte für Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Von 2013 bis 2021 führte er die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als wirtschaftspolitisch einflussreicher Parteiflügel gilt. Anschließend wurde er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Verantwortung für Wirtschaft und Mittelstand.

Nach der Wahl Friedrich Merz' zum CDU-Vorsitzenden übernahm Linnemann den Vorsitz der Programm- und Grundsatzkommission. Unter seiner Leitung entstand das neue CDU-Grundsatzprogramm, das 2024 verabschiedet wurde. Im Juli 2023 wurde er zum Generalsekretär der CDU berufen und auf dem Bundesparteitag 2024 sowie erneut 2026 mit großer Mehrheit bestätigt. Am 24. Juli 2026 hat ihn Bundeskanzler Friedrich Merz zum Bundesgesundheitsminister ernannt.

Wirtschaftspolitik

Linnemann gilt als einer der profiliertesten Vertreter einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik innerhalb der CDU. Im Mittelpunkt seiner Vorstellungen stehen eine höhere Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, Bürokratieabbau, niedrigere Unternehmenssteuern und bessere Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen.

Er argumentiert, dass wirtschaftliches Wachstum vor allem durch Investitionen, Innovation und unternehmerische Freiheit entsteht. Staatliche Eingriffe sollten sich auf notwendige Rahmenbedingungen beschränken. Gleichzeitig fordert er eine deutliche Entlastung von Unternehmen und Arbeitnehmern bei Steuern und Abgaben.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

In der Sozialpolitik vertritt Linnemann das Prinzip des „Förderns und Forderns“. Sozialleistungen sollen Menschen unterstützen, gleichzeitig aber Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit schaffen.

Zu seinen bekanntesten Vorschlägen gehören die sogenannte Aktivrente, bei der ältere Menschen nach Erreichen des Rentenalters steuerlich begünstigt weiterarbeiten können, sowie steuerliche Vorteile für Überstunden. Beide Maßnahmen sollen dem Fachkräftemangel entgegenwirken und die Erwerbsbeteiligung erhöhen.

Bildungs- und Familienpolitik

Ein zentrales Anliegen Linnemanns ist die Verbesserung der Bildungsqualität. Bundesweit bekannt wurde seine Forderung, Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen vor der Einschulung intensiver sprachlich zu fördern. Nach seiner Auffassung sind ausreichende Sprachkenntnisse eine Grundvoraussetzung für Bildungserfolg und gesellschaftliche Integration.

Zugleich spricht er sich für mehr Leistungsorientierung im Bildungssystem sowie für eine stärkere Anerkennung der beruflichen Ausbildung gegenüber einem ausschließlich akademischen Bildungsweg aus.

Migration und Integration

In der Migrationspolitik vertritt Linnemann einen restriktiveren Kurs als viele Vertreter der politischen Mitte. Er fordert eine konsequente Steuerung der Zuwanderung, eine schnellere Rückführung ausreisepflichtiger Personen sowie eine bessere Integration durch Sprache, Bildung und Erwerbstätigkeit.

Darüber hinaus setzte er sich für mehr Transparenz bei der Finanzierung von Moscheen sowie für ein Islamgesetz nach österreichischem Vorbild ein. Diese Positionen werden von Befürwortern als Beitrag zur Integration bewertet, von Kritikern hingegen teilweise als zu weitgehend angesehen.

Europapolitik

Linnemann versteht sich als überzeugter Europäer, kritisierte jedoch während der Eurokrise die damalige Rettungspolitik. Er sprach sich mehrfach gegen weitere Rettungspakete aus und plädierte stattdessen für eine Insolvenzordnung für überschuldete Staaten innerhalb der Eurozone. Damit gehörte er zu den bekanntesten Kritikern der Eurorettung innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Gesundheitspolitik

Mit seiner Ernennung zum Bundesgesundheitsminister übernahm Linnemann erstmals unmittelbare Regierungsverantwortung in einem Fachressort. Bereits zuvor hatte er wiederholt Reformen im Gesundheitswesen gefordert. Dazu zählen insbesondere eine Verringerung der Zahl gesetzlicher Krankenkassen zur Senkung der Verwaltungskosten sowie eine stärkere Effizienzorientierung des Gesundheitssystems.

Welche gesundheitspolitischen Reformen seine Amtszeit prägen werden, bleibt angesichts seines erst kürzlich erfolgten Amtsantritts abzuwarten.

Politischer Stil

Carsten Linnemann gilt als sachorientierter und direkter Politiker. Seine Reden zeichnen sich durch klare wirtschaftspolitische Argumentationen und eine einfache, verständliche Sprache aus. Unterstützer schätzen seine Bodenständigkeit, seine wirtschaftliche Kompetenz und seine Bereitschaft, unbequeme Reformen anzusprechen. Kritiker werfen ihm dagegen vor, sozialpolitische Fragen teilweise zu stark unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten.

Innerhalb der CDU wird Linnemann überwiegend dem wirtschaftsliberalen und gesellschaftspolitisch konservativen Flügel zugerechnet. Gleichzeitig gilt er als einer der Architekten der programmatischen Erneuerung der Partei unter Friedrich Merz.

Fazit

Carsten Linnemann hat sich in den vergangenen Jahren vom wirtschaftspolitischen Fachpolitiker zu einer der prägenden Persönlichkeiten der CDU entwickelt. Seine politischen Schwerpunkte liegen in der Stärkung der sozialen Marktwirtschaft, der Reform des Sozialstaates, einer leistungsorientierten Bildungspolitik sowie einer kontrollierten Migrationspolitik. Mit seinem Wechsel in das Bundesgesundheitsministerium steht er nun vor der Herausforderung,

seine ordnungspolitischen Reformvorstellungen erstmals in einem der komplexesten Politikfelder Deutschlands praktisch umzusetzen.

Weitere personelle Veränderungen

Im Bundesministerium für Gesundheit übernimmt Dr. Christiane Schenderlein die Position des Parlamentarischen Staatssekretärs, die bislang von von Tino Sorge besetzt wurde. Die Politikwissenschaftlerin hat zuletzt als Schwerpunkte Kultur, Sport und Ehrenamt vertreten und wird an der Seite von Dr. Georg Kippels neben den beiden beamteten Staatssekretären Katja Kohfeld und Christian Luft die Leitungsebene abbilden.

Die Zuordnung der einzelnen Dezernate im Ministerium bleibt abzuwarten.

Auch im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) ist Dr. Sonja Optendrenk zur Unparteiischen Vorsitzenden und Vorsitzenden des Innovationsausschusses berufen worden. Sie folgt auf Professor Josef Hecken, der im Juni 2026 aus persönlichen Gründen seine Tätigkeit beendet hat.

Anstehende Reformvorhaben

- **Primärversorgungssystem:** Die wohl größte ausstehende Reform ist die geplante Einführung eines Primärversorgungssystems. Der Gesetzentwurf soll zum Ende des Sommers vorgelegt werden. Damit ist angedacht, dass Hausärzte die Steuerung von Patienten übernehmen. Facharztbesuche sind erst möglich, wenn Hausärzte weiterverweisen. Ausnahmen sind unter anderem für die Ophthalmologie oder Gynäkologie vorgesehen. Erste Wirkungen soll das System ab 2028 zeigen.
- **Digitalgesetz:** Das Gesetz für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen (GeDIG) soll unter anderem dazu beitragen, Störungen innerhalb der Telematikinfrastruktur zu verringern. Das Bundeskabinett hat den Kabinettsentwurf am 15. Juli beschlossen, nun folgt die parlamentarische Beratung. In dem Gesetz sollen zudem Weichen für die Einführung eines Primärversorgungssystems gestellt werden.
- **Pflegeneuordnungsgesetz:** Das BMG hat im Juni einen Referentenentwurf für ein Pflegeneuordnungsgesetz vorgelegt. Neben Kürzungen und Mehrbelastungen sind auch strukturelle Vorhaben geplant, die die Pflegekassen entlasten sollen. Die Finanzen der Pflegeversicherung stehen unter Druck. So sollen unter anderem die Beitragsbemessungsgrenze in der Pflegeversicherung angehoben werden und Kinderlose mehr Geld bezahlen. Vorgesehen sind zudem der Ausbau von Prävention und Rehabilitation sowie ein Anspruch auf eine professionelle Pflegebegleitung ab 2028.
- **Gesundheitssicherstellungsgesetz:** Der Entwurf für ein Gesundheitssicherstellungsgesetz soll nach der Sommerpause – im späten Sommer/frühen Herbst – kommen. Es soll die Resilienz und Handlungsfähigkeit des Gesundheitssystems im Katastrophen-, Bündnis und Verteidigungsfall sicherstellen.
- **Bürokratieabbaugesetz:** Im Sommer ist ein Referentenentwurf für ein Bürokratieabbaugesetz im Gesundheitswesen geplant. Quelle: Deutsches Ärzteblatt

